

## »» Lieferengpässe in der Breite des Mittelstands deutlich spürbar

Nr. 351, 11. Oktober 2021

Autorin: Dr. Jennifer Abel-Koch, Telefon 069 7431-9592, jennifer.abel-koch@kfw.de

Das Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen als noch vor einigen Monaten prognostiziert. Dies ist nicht zuletzt den Lieferengpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten geschuldet, die auch weite Teile des deutschen Mittelstands erfasst haben. Nahezu jedes zweite kleine und mittlere Unternehmen bekommt die Folgen der Materialknappheit gegenwärtig zu spüren. Im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauindustrie sind fast 80 % der Unternehmen von Lieferengpässen betroffen. Dies zeigen die Ergebnisse einer aktuellen Befragung von KfW Research.

Die Lieferengpässe führen im Mittelstand nicht nur zu einem erhöhten Arbeitsaufwand in der Beschaffung, sondern beeinträchtigen auch die Produktion und Dienstleistungserstellung. Rund jeder vierte deutsche Mittelständler kann Liefertermine nicht einhalten, jeder zehnte muss sogar Aufträge ablehnen, weil es an Material fehlt. Aufgrund der teils drastischen Preissteigerungen bei Rohstoffen wie Stahl, Holz oder Kunststoffen und Vorprodukten wie Mikroprozessoren sehen sich 26 % aller Mittelständler gezwungen, ihre Preise anzupassen. Im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauindustrie müssen sechs von zehn Unternehmen die Preise für ihre Kunden erhöhen. Auf die Beschäftigung wirken sich die Lieferengpässe im Mittelstand bislang vergleichsweise wenig aus: Nur rund 4 % der kleinen und mittleren Unternehmen mussten bisher ihre Beschäftigung – unter anderem durch den Abbau von Überstunden, Urlaub oder Kurzarbeit – reduzieren.

Mit einer schnellen Auflösung der Materialengpässe rechnen die meisten Mittelständler nicht. Nur rund 5 % der betroffenen Unternehmen gehen davon aus, dass sich die Situation bis Ende des Jahres 2021 normalisiert. Dagegen erwarten rund 18 % der Mittelständler, dass die Engpässe bis weit in das kommende Jahr 2022 anhalten.

Viele von Lieferengpässen betroffene Unternehmen sehen Exportbeschränkungen für knappe Rohstoffe als eine mögliche Maßnahme, um die Materialknappheit hier zu Lande zu lindern. Dies dürfte allerdings zu handelspolitischen Reaktionen führen und die Situation für die deutschen Unternehmen im Ergebnis eher verschlechtern als verbessern. Um den Zugang zu knappen Rohstoffen und Materialien nachhaltig zu sichern, dürfte der weitere Abbau von Handelshemmnissen und der Abschluss neuer Handelsabkommen durch die Europäische Union zielführender sein.

### Lieferengpässe dämpfen Wachstumsaussichten

Das Wirtschaftswachstum dürfte in diesem Jahr niedriger ausfallen als noch vor einigen Monaten erwartet. So haben jüngst mehrere Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Konjunkturprognosen nach unten korrigiert. Auch KfW Research rechnet gegenwärtig für das Gesamtjahr 2021 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,0 % statt der noch im Mai erwarteten 3,5 %.<sup>1</sup> Ein wesentlicher Grund für die schwächeren Wachstumsaussichten in diesem Jahr sind Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten, die mittlerweile weite Teile der Wirtschaft erfasst haben – auch den deutschen Mittelstand.

### Jeder zweite Mittelständler ist betroffen

Gegenwärtig spürt knapp jedes zweite kleine und mittlere Unternehmen die Folgen von Lieferengpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten (Grafik 1). Berücksichtigt man nur diejenigen Mittelständler, die überhaupt Vorleistungen beziehen, sind es sogar rund drei Viertel, die von Materialengpässen betroffen sind. Dies zeigen die Ergebnisse einer aktuellen Sondererhebung im Rahmen des KfW-Mittelstandspanels. Besonders stark betroffen ist das Verarbeitende Gewerbe – vier von fünf Unternehmen sind hier von Lieferengpässen betroffen. Nicht weniger heftig sind die Auswirkungen auf das Baugewerbe. Rund 78 % der Unternehmen müssen sich hier mit Materialknappheit auseinandersetzen. Im Groß- und Einzelhandel ist der Anteil der betroffenen Mittelständler mit 63 % etwas geringer. Im Dienstleistungssektor, der weniger stark von Vorleistungen abhängt, sehen sich immerhin noch rund vier von zehn kleinen und mittleren Unternehmen mit Lieferengpässen konfrontiert.

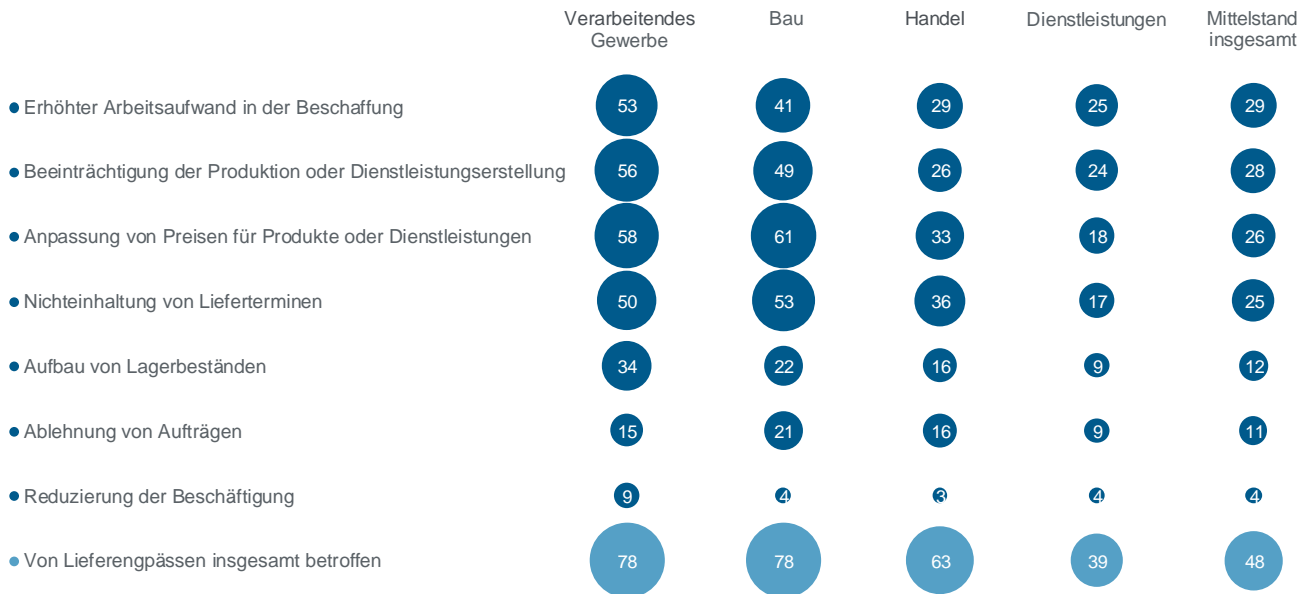
### Die Ursachen für die Materialknappheit sind vielfältig ...

Dass der Mittelstand in der Breite betroffen ist, liegt nicht zuletzt daran, dass derzeit eine Vielzahl von Materialien und Vorprodukten nicht in der nachgefragten Menge zur Verfügung steht. Engpässe gibt es nicht nur bei Mikroprozessoren, auch einfache Steuerungselemente fehlen, genauso wie Stahl, Aluminium, Kupfer und andere Metalle, Kunststoffe und Verpackungsmaterialien oder auch Holz für die Bau- und Möbelindustrie.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Ein wesentlicher Grund ist, dass viele Unternehmen in der Corona-Krise ihre Kapazitäten zurückgefahren haben. Auf die nun wieder anspringende Nachfrage, die durch umfangreiche Konjunkturpakete zusätzlich befeuert wird, können sie nur langsam reagieren. So sind zum Beispiel mehrere hundert Arbeitsschritte und einige Monate notwendig, um aus Sand Silizium und daraus schließlich

**Grafik 1: Jeder zweite Mittelständler von Lieferengpässen betroffen**

Anteil der Unternehmen, die von Lieferengpässen in genannter Weise betroffen sind, in Prozent



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021.

Mikrochips herzustellen. Die Ausweitung von Produktionskapazitäten erfordert hohe Investitionen in technologisch komplexe Anlagen, die ebenfalls lange Lieferzeiten haben. Gleichzeitig werden die Lagerbestände an Halbleitern tendenziell niedrig gehalten, da diese bei längeren Lagerzeiten an Qualität verlieren.

Ein anderer Grund für Lieferengpässe sind Störungen im internationalen Frachtverkehr, unter anderem durch die temporäre Schließung wichtiger chinesischer Seehäfen zur Eindämmung des regionalen Infektionsgeschehens. Bei stark arbeitsteiligen und global organisierten Wertschöpfungsketten, wie sie auch in der Halbleiterindustrie zu finden sind, fallen diese besonders ins Gewicht. Hinzu kommen Handelskonflikte, insbesondere zwischen den USA und China, aber auch zwischen den USA und der Europäischen Union. Diese Konflikte haben sich mit dem Einzug Bidens keineswegs aufgelöst und beschränken sich nicht auf Stahl oder Aluminium.<sup>2</sup>

Einzelne Ereignisse wie die Waldbrände in Kalifornien, der Befall großer Baumbestände mit Ungeziefer oder der Ausfall von Halbleiterfabriken infolge von Bränden, Wassermangel und Stromausfällen haben die Situation bei einzelnen Rohstoffen und Vorprodukten weiter verschärft.

**... ebenso wie die Auswirkungen auf die Unternehmen**

Die bestehenden Lieferengpässe wirken sich in unterschiedlicher Weise auf den Mittelstand aus (Grafik 1). Am häufigsten verzeichnen kleine und mittlere Unternehmen dadurch einen erhöhten Arbeitsaufwand in der Beschaffung. Im Dienstleistungssektor wirken sich die Lieferengpässe vorrangig in dieser Weise aus, während sie sich in anderen Branchen häufiger auf Produktion, Liefertermine und Preise auswirken.

Zu Beeinträchtigungen in der Produktion oder Dienstleistungserstellung kommt es bei etwa 24 % der Mittelständler.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist in weit mehr als der Hälfte aller Unternehmen die Produktion gestört, weil Rohstoffe oder Vorprodukte fehlen. Im Ergebnis kann die Produktion nicht mit dem Auftragseingang mithalten. So war der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 2021 kalender- und saisonbereinigt um 15,7 % höher als im Februar 2020 vor Beginn der Corona-Pandemie, während die Produktion im gleichen Monat rund 5,5 % unter dem Vorkrisenniveau lag.<sup>3</sup>

Eine steigende Nachfrage und ein knappes Angebot führen zu Preissteigerungen, die bei einigen Rohstoffen und Vorprodukten sehr deutlich ausfällt. So waren Nadelschnittholz im August 2021 um 124 %, Roheisen und Stahl um rund 58 % teurer als im Vorjahresmonat. Im Durchschnitt sind die Preise für Vorleistungsgüter zwischen August 2020 und August 2021 um 17,1 % gestiegen. Hinzu kommen deutliche Preissteigerungen für Energie.<sup>4</sup> Viele Unternehmen sehen sich vor diesem Hintergrund gezwungen, die Preise für ihre Produkte oder Dienstleistungen anzupassen – im Mittelstand insgesamt etwa jedes vierte Unternehmen. In der Baubranche sind Preisanpassungen gegenüber den eigenen Kunden für rund 61 % der Unternehmen unvermeidlich. Hier wie im Verarbeitenden Gewerbe sind Preiserhöhungen die häufigste Folge der gegenwärtigen Lieferengpässe. Der Zusammenhang zwischen Lieferengpässen und der Inflation der Verbraucherpreise, die sich im August 2021 auf 3,9 % im Vergleich zum Vorjahresmonat belief, wird hier unmittelbar deutlich.<sup>5</sup>

**Liefertermine können nicht eingehalten, Kundenaufträge müssen abgelehnt werden**

Vielfach führen die Lieferengpässe auch dazu, dass Liefertermine nicht eingehalten werden können. Etwa 25 % aller Mittelständler sind gegenwärtig im Lieferverzug. Im Handel ist die Nichteinhaltung von Lieferterminen mit 36 % die

häufigste Auswirkung gestörter Lieferketten. Rund 11 % der Mittelständler müssen Aufträge von Kunden sogar ablehnen, weil ihnen das benötigte Material fehlt. Insbesondere in der Bauindustrie, die Handwerksbetriebe vom Fensterbauer bis zu Dachdecker umfasst, ist dies ein Problem. Jedes fünfte Unternehmen ist hier gezwungen, Kunden abzuweisen.

Zu Beschäftigungseinschnitten führen die Lieferengpässe bislang vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Hier hat nahezu jedes zehnte Unternehmen seine Beschäftigung zumindest temporär durch den Abbau von Überstunden, Urlaub oder auch das Instrument der Kurzarbeit reduziert. In anderen Branchen kommt es deutlich seltener zu Beschäftigungseinschnitten aufgrund knappen Materials. Allerdings dürften einige Unternehmen ihre Beschäftigung bereits in der Corona-Krise reduziert haben und diese nun zwar nicht weiter abbauen, aber auch nicht im geplanten Umfang wieder aufbauen. Insofern dürften Materialengpässe einen stärker bremsenden Effekt auf die Beschäftigungsentwicklung haben, als es ein Anteil von rund 4 % nahelegt.

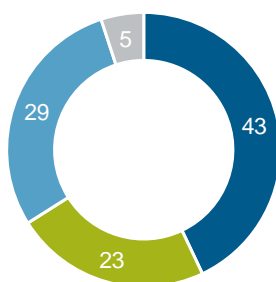
Rund 12 % aller Mittelständler – im Verarbeitenden Gewerbe 34 % – versuchen angesichts möglicher Lieferengpässe ihre Lagerbestände an Rohstoffen und Vorprodukten zu erhöhen. Dieser Anteil mag niedrig erscheinen, ist aber angesichts der massiven Preissteigerungen für einige Rohstoffe und Vorprodukte – sofern sie überhaupt zu bekommen sind – durchaus plausibel.

**Dienstleister hängen weniger stark von Vorleistungen ab**

Dass die gegenwärtigen Lieferengpässe im Dienstleistungssektor eine geringere Rolle spielen als in anderen Branchen, liegt auch daran, dass mehr als die Hälfte der Unternehmen im Dienstleistungssektor keine Rohstoffe, Vorprodukte oder auch Dienstleistungen in nennenswertem Umfang beziehen. Dies gilt insbesondere für viele kleinere Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatungen, Unternehmen in den Bereichen Bildung und Erziehung oder auch Dienstleister aus dem Gesundheits- und Sozialwesen.

**Grafik 2: Ein Teil des Mittelstands bezieht keine Vorleistungen**

Anteil der Unternehmen, die Rohstoffe, Vorprodukte oder Dienstleistungen im Inland oder (auch) im Ausland beziehen, in Prozent



- Kein Bezug von Vorleistungen
- Bezug von Vorleistungen nur aus dem Inland
- Bezug von Vorleistungen (auch) aus dem Ausland
- Herkunft der Vorleistungen unbekannt

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021.

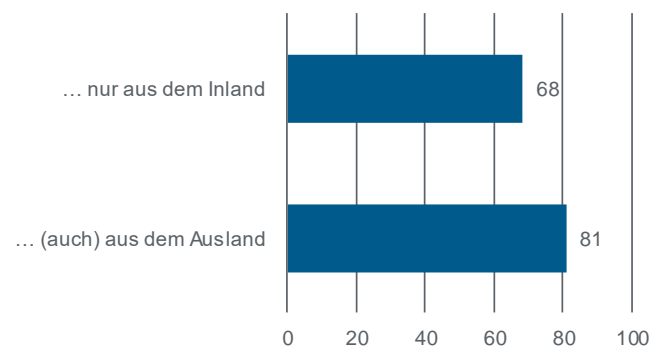
Im gesamten Mittelstand, von dem der Dienstleistungssektor einen großen Teil ausmacht, beziehen rund vier von zehn Unternehmen keine Vorleistungen (Grafik 2). Dass Lieferengpässe für den Mittelstand dennoch eine so hohe Bedeutung haben, unterstreicht die Tragweite des Problems.

**Importeure bekommen Lieferengpässe noch deutlicher zu spüren**

Rund 23 % des Mittelstands beziehen Vorleistungen ausschließlich aus dem Inland. Weitere 29 % der kleinen und mittleren Unternehmen kaufen Rohstoffe, Vorprodukte oder Dienstleistungen auch im Ausland ein.<sup>6</sup> Diese importierenden Unternehmen spüren die Lieferengpässe noch einmal deutlicher. Rund 81 % von ihnen sind davon betroffen – im Vergleich zu 68 % der Unternehmen, die ausschließlich auf dem heimischen Beschaffungsmarkt aktiv sind (Grafik 3). Eine höhere Betroffenheit importierender Unternehmen zeigt sich auch dann, wenn weitere Unternehmensmerkmale wie Branche oder Größe berücksichtigt werden.

**Grafik 3: Lieferengpässe treffen importierende Unternehmen stärker**

Anteil der Unternehmen in Prozent, die von Lieferengpässen betroffen sind, bei Bezug von Rohstoffen, Vorprodukten oder Dienstleistungen ...



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021.

Die überdurchschnittlich starke Betroffenheit importierender Unternehmen deutet einmal mehr darauf hin, dass der Ausgleich regionaler Knappheiten durch internationalen Handel derzeit nur bedingt funktioniert – sei es infolge von Engpässen im internationalen Frachtverkehr oder durch handelsbeschränkende Maßnahmen einzelner Länder. Dies spiegelt sich auch in den Importpreisen, die im August 2021 16,5 % über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen. Nur im Rahmen der Ölkrise im September 1981 hat es eine höhere Vorjahresveränderung gegeben.<sup>7</sup> Auch gegenwärtig spielen höhere Energiepreise eine wichtige Rolle für den Anstieg der Importpreise, ein zentraler Treiber sind jedoch auch die aus dem Ausland importierten Vorleistungen.

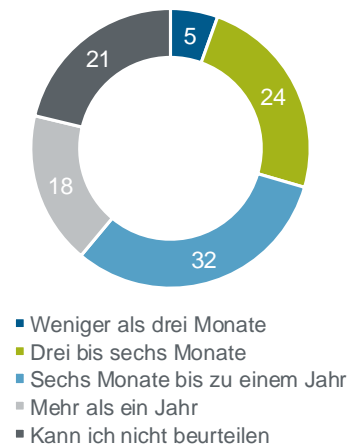
**Eine schnelle Auflösung der Lieferengpässe wird nicht erwartet**

Von einer schnellen Auflösung der Lieferengpässe ist aus Sicht des Mittelstands nicht auszugehen (Grafik 4). Nur rund 5 % der betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen schätzen, dass sich die Lieferengpässe in den kommenden drei Monaten – also etwa bis zum Jahresende 2021 – auflösen. Rund ein Viertel erwartet, dass fehlende Materialien erst

in drei bis sechs Monaten wieder in ausreichender Menge zur Verfügung stehen werden, ein Drittel geht eher von sechs bis zwölf Monaten aus. Fast jedes fünfte Unternehmen, das derzeit unter Lieferengpässen leidet, ist überzeugt, dass sich die Situation frühestens in einem Jahr – also erst gegen Ende des Jahres 2022 – normalisiert haben wird. Zwischen den Branchen gibt es dabei kaum Unterschiede, mit Ausnahme des Baugewerbes. Hier fällt es rund 40 % der Unternehmen schwer, die voraussichtliche Dauer der Lieferengpässe zu beurteilen.

**Grafik 4: Keine schnelle Auflösung erwartet**

Geschätzte Dauer bis zur Auflösung der Lieferengpässe, Anteil der betroffenen Unternehmen in Prozent



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021.

Damit sehen die Mittelständler die Situation etwas pessimistischer als einige Konjunkturprognosen unterstellen. So geht beispielsweise das ifo-Institut in seiner Herbstprognose davon aus, dass die momentanen Lieferengpässe bis Ende des Jahres 2021 an Bedeutung verlieren, und auch das DIW erwartet, dass sich der Produktionsstau um den Jahreswechsel auflöst.<sup>8</sup>

**Ausfuhrbeschränkungen – oder mehr Freihandel?**

Die angespannte Lage in vielen Unternehmen und die konjunkturellen Risiken, die sich aus den gegenwärtigen Lieferengpässen ergeben, lassen Rufe nach einem Eingreifen

der Politik lauter werden. Dabei geht es in der Bauindustrie beispielsweise um den Verzicht auf Konventionalstrafen bei Leistungsverzögerungen oder die Möglichkeit, Preissteigerungen an öffentliche Auftraggeber weiterzugeben.<sup>9</sup> Auch die Forderung nach Ausfuhrbeschränkungen für knappe Materialien wurde mehrfach erhoben.

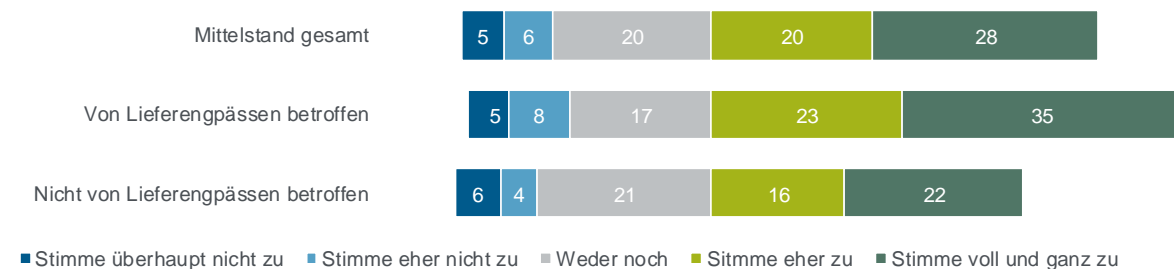
Für eine solche Maßnahme der Europäischen Union – die über die gemeinsame Handelspolitik der Mitgliedsländer entscheidet – sprechen sich fast die Hälfte aller Mittelständler aus. Insbesondere die von Lieferengpässen betroffenen Unternehmen befürworten Einfuhrerleichterungen und Ausfuhrbeschränkungen, um der Materialknappheit entgegenzutreten (Grafik 5).

In einer isolierten Betrachtung Deutschlands oder der Europäischen Union erscheint eine handelsbeschränkende Maßnahme wie ein Exportstopp durchaus zielführend, verhindert sie doch, dass das in den heimischen Wäldern geschlagene und dringend von deutschen Handwerksbetrieben benötigte Bauholz in die USA oder nach China exportiert wird. Der Erfolg einer solchen Politik setzt allerdings voraus, dass andere Länder, in denen die benötigten Rohstoffe verfügbar sind, nicht den gleichen Ansatz verfolgen, um die Versorgung der heimischen Wirtschaft sicherzustellen. Beschränken diese Länder ebenfalls die Ausfuhr von Rohstoffen oder reagieren sie mit anderen Vergeltungsmaßnahmen, kommt es zu einem gegenseitigen Aufschaukeln protektionistischer Reaktionen und es droht ein ausgewachsener Handelskonflikt. Im Ergebnis wird der Ausgleich regionaler Knappheiten weiter erschwert und die Situation deutscher Unternehmen dürfte sich eher verschlechtern als verbessern. Diese Logik dürfte auch die Antwort der rund 30 % der Unternehmen beeinflussen haben, die Ausfuhrbeschränkungen nicht befürworten oder sogar ablehnen.

Rund 31 % der Bruttowertschöpfung und 28 % der Erwerbstätigen hängen hier zu Lande vom Export ab. Die deutsche Volkswirtschaft ist international eng vernetzt und hat in der Vergangenheit stark von der Globalisierung profitiert.<sup>10</sup> Auch mit Blick auf den Zugang zu Rohstoffen dürfte eine weitere Handelsliberalisierung für Deutschland und Europa

**Grafik 5: Jeder zweite Mittelständler befürwortet Ausfuhrbeschränkungen für knappe Rohstoffe und Vorprodukte**

"Die EU sollte für knappe Rohstoffe und Vorprodukte die Einfuhr erleichtern und die Ausfuhr beschränken."

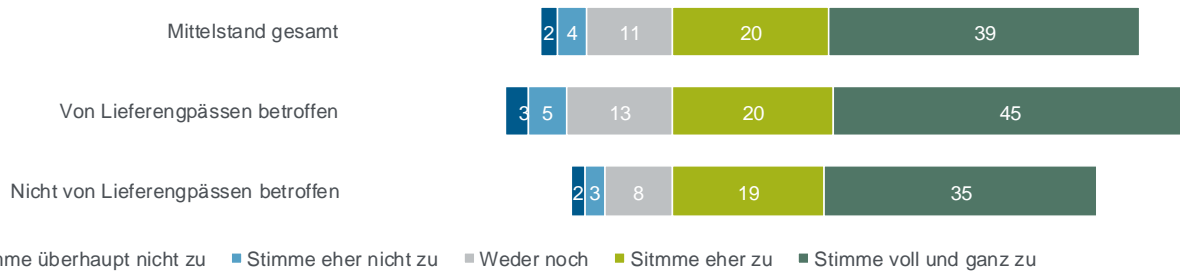


Anmerkung: Anteil der Unternehmen in Prozent, die der Aussage zustimmen. Fehlend zu 100 % jeweils der Anteil der Unternehmen, die die Frage mit „Kann ich nicht beurteilen“ beantwortet haben.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021.

**Grafik 6: Sollte die EU weiter Handelshemmnisse abbauen?**

"Die EU sollte weiter Handelshemmnisse abbauen und neue Handelsabkommen abschließen, um den Zugang zu knappen Rohstoffen und Vorprodukten zu sichern."



Anmerkung: Anteil der Unternehmen in Prozent, die der Aussage zustimmen. Fehlend zu 100 % jeweils der Anteil der Unternehmen, die die Frage mit „Kann ich nicht beurteilen“ beantwortet haben.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021.

zielführender sein als die Verhängung von Exportbeschränkungen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit Ausfuhrverbote anderer Länder nach sich ziehen. Dies gilt umso mehr, da Deutschland ein Nettoimporteur von Rohstoffen ist.

Im Mittelstand befürworten rund 60 % der Unternehmen eine Handelspolitik der Europäischen Union, die auf einen weiteren Abbau von Handelshemmnissen hinwirkt und den Abschluss neuer Handelsabkommen vorantreibt, um den Zugang zu knappen Rohstoffen zu sichern. Unter den gegenwärtig von Lieferengpässen betroffenen Unternehmen sind es sogar 65 % (Grafik 6).

Eine Beschränkung der eigenen Rohstoffexporte bei einer gleichzeitigen Liberalisierung der Rohstoffexporte anderer Länder – dies wäre aus Sicht der Unternehmen nachvollziehbar die beste Lösung, um den Materialengpässen entgegenzuwirken. Handelspolitisch dürfte dies jedoch kaum umsetzbar sein – und eine weitere Handelsliberalisierung damit die zielführendere Lösung sein, um den Zugang zu knappen Rohstoffen und Vorprodukten zu sichern.

**Rohstoffversorgung wird auch in Zukunft ein Thema sein**

Durch Anpassungen von Angebot und Nachfrage werden sich die gegenwärtigen Lieferengpässe mit hoher Wahrscheinlichkeit auflösen – auch wenn dies noch einige Monate dauern kann. Dennoch ist die Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten ein Thema, das auch in Zukunft auf der Agenda von Unternehmen und Politik stehen dürfte. Dabei wird es darum gehen, wie Rohstoffe verantwortungsvoll gefördert, effizient genutzt und wiederverwertet werden können, aber auch darum, wie sich globale Lieferketten robuster gestaltet lassen.

**Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel**

Die vorliegende Analyse basiert auf einer Sonderbefragung im Rahmen des KfW-Mittelstandspanels.

Das KfW-Mittelstandspanel wird seit dem Jahr 2003 als Wiederholungsbefragung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland durchgeführt. Zur Grundgesamtheit gehören alle privaten Unternehmen sämtlicher Wirtschaftszweige, deren Umsatz die Grenze von 500 Mio. EUR pro Jahr nicht übersteigt. Das KfW-Mittelstandspanel ist die einzige repräsentative Erhebung im deutschen Mittelstand und damit die wichtigste Datenquelle für mittelstandsrelevante Fragestellungen und Politikberatung.

Für die Sonderbefragung wurden durch die GfK SE, Bereich Financial Services, im Auftrag der KfW Bankengruppe, mittelständische Unternehmen im Zeitraum vom 1.–10. September 2021 repräsentativ zu den aktuellen Auswirkungen der Lieferengpässe befragt. Kontaktiert wurden sämtliche Unternehmen, die bereits früher an einer Welle des KfW-Mittelstandspanels teilgenommen haben und zu denen eine valide E-Mail-Adresse bekannt ist.

Insgesamt konnten Antworten von rund 2.400 Unternehmen berücksichtigt werden. Aufgrund der Anbindung an den Grunddatensatz des KfW-Mittelstandspanels geben diese Ergebnisse ein repräsentatives Abbild der aktuellen Betroffenheit von Lieferengpässen.

Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter: [www.kfw-mittelstandspanel.de](http://www.kfw-mittelstandspanel.de)

<sup>1</sup> Vgl. Scheuermeyer, P. (2021), [KfW Konjunkturkompass August 2021](#), KfW Research.

<sup>2</sup> Auch hier lässt sich ein Beispiel aus der Halbleiterindustrie finden. So blockieren die USA gegenwärtig den Export niederländischer Maschinen zur Herstellung von Mikrochips nach China, vgl. Schmutz, C. G. (2021): Wie die niederländische Firma ASML in den technologischen kalten Krieg zwischen den USA und China geraten ist, Neue Züricher Zeitung vom 30.07.2021, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/asml-deren-maschine-produziert-die-leistungsfaeigsten-mikrochips-ld.1637842>.

<sup>3</sup> Vgl. Destatis (2021): Verarbeitendes Gewerbe im Juli 2021: Auftragseingang +3,4 % zum Vormonat, Pressemitteilung Nr. 415 vom 6. September 2021, sowie Destatis (2021): Produktion im Juli 2021: +1,0 % zum Vormonat, Pressemitteilung Nr. 416 vom 7. September 2021.

<sup>4</sup> Vgl. Destatis (2021): Erzeugerpreise August 2021: +12,0 % gegenüber August 2020, Pressemitteilung Nr. 442 vom 20. September 2021.

<sup>5</sup> Vgl. Destatis (2021): Verbraucherpreisindex für Deutschland, Stand 10. September 2021.

<sup>6</sup> Die fehlenden rund 5 % der Mittelständler können keine Angaben über die Herkunft ihrer Vorleistungen machen.

<sup>7</sup> Vgl. Destatis (2021): Importpreise im August 2021: +16,5 % gegenüber August 2020, Pressemitteilung Nr. 457 vom 29. September 2021 sowie Destatis (2021): Importpreise im Juli 2021: +15,0 % gegenüber Juli 2020, Pressemitteilung Nr. 405 vom 27. August 2021.

<sup>8</sup> Vgl. Wollmershäuser, T., Brandt, P., Grimme, C., Lay, M., Lehmann, R., Link, S., Möhrle, S., Sandqvist, P., Šauer, R., Stöckli, M. und K. Wohlrabe (2021): ifo Konjunkturprognose Herbst 2021: Lieferengpässe in der Industrie bremsen gesamtwirtschaftliche Erholung, in ifo Schnelldienst digital 13/2021 vom 22. September 2021.

<sup>9</sup> Zentralverband des deutschen Handwerks (2021): Dringender Handlungsbedarf bei Baumaterial-Mangel, Interview vom 11.05.2021, <https://www.zdh.de/presse/veroeffentlichungen/interviews-und-statements/dringender-handlungsbedarf-bei-baumaterial-mangel/>

<sup>10</sup> Vgl. Abel-Koch, J. und K. Ullrich (2021): Geringe Globalisierungsdynamik erfordert Anpassung der Wachstumsstrategien deutscher Unternehmen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 349, KfW Research sowie Prognos (2021): Globalisierung in der Krise 2021, Studie im Auftrag der KfW Bankengruppe.